DRUCKSACHE THÜRINGEN

Zeitung der CDU-Landtagsfraktion Ausgabe Ostern 2021

Die CDU-Fraktion wünscht frohe Ostern!

© Adobe Stock

Thüringen im Lockdown

Wir müssen den Menschen etwas zutrauen

Deutschland ist erschöpft. So viele Bürger sind an der Grenze des psychisch, emotional und finanziell Leistbaren angelangt. Sie ziehen vorbildlich mit. Doch gleichzeitig verirren sie sich im rot-rot-grünen Verordnungsdschungel.

Im Supermarkt gilt: Ein Kunde je 20 Quadratmeter, in der Schule gilt: 30 Kinder auf 70 Quadratmetern, im Bus sind es 50 Personen auf 27 Quadratmetern und an der Haltestelle 1,50 Meter Abstand. T-Shirts und Strümpfe im Supermarkt darf man kaufen. Aber: Klamottenläden nebenan bleiben zu. Mit Arbeitskollegen dürfen wir den Tag über zusammen sein. Aber nach der Arbeit sich mal treffen – das ist verboten. Seit Wochen ist Thüringen trauriger Spitzenreiter bei den Infektionszahlen und nun auch bei den Sterbezahlen. Diese führen den Freistaat jetzt nahtlos in den nächsten Lockdown.

Doch es sind nicht die Thüringer und es sind auch nicht die Virusmutationen, die dafür verantwortlich sind. Es ist das Krisenmanagement der Ramelow-Regierung: Zickzackkurs, Schulchaos und Candy Crush.

Was Thüringen braucht, ist eine klare Strategie und entschlossenes Handeln. Denn wenn man Klassenletzter ist, muss man sich mehr anstrengen als die anderen. Dazu gehört auch, den Bürgern etwas zuzutrauen.

Die Grundfrage darf nicht lauten: auf oder zu? Sondern: Wie sichern wir ab, dass Schulen besucht und Geschäfte geöffnet werden, dass Bürger zur Normalität finden? Die Frage darf nicht allein sein, ab welchem Inzidenzwert ein ganzer Landkreis in den Lockdown geht, nur weil in einem Ort ein lokaler Ausbruch ist. Es gibt hervorragende Hygienekonzepte mit Maskenpflicht, Lüftungskonzepten, Schnelltests und Impfungen. Impfungen sind der Königsweg. Wir sollten unseren Konzepten trauen.

Ein Restrisiko wird bleiben. Doch wir müssen auch die anderen Folgen des Lockdowns im Blick behalten, wie etwa psychische Erkrankungen, langfristiges Bildungsversagen, wirtschaftliche Not, Insolvenzgefahren und Arbeitslosigkeit.

Die Pandemie darf nicht zur Depression eines ganzen Landes werden. Das Virus darf Deutschland nicht in die Insolvenz führen. Wir müssen lernen, mit dem Virus zu leben.

GESUNDES Thüringen

www.gesundesthueringen.de

KLARTEXT

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

Glaubwürdigkeit ist das höchste Gut in der Politik. Erst die Glaubwürdigkeit der politisch Handelnden schafft das notwendige Vertrauen in die Institutionen, ohne das eine lebendige Demokratie nicht funktionieren kann. Wir als CDU-Landtagsfraktion stehen dazu.

© Foto: Laurence Chaperon

Prof. Dr. Mario Voigt
Vorsitzender der CDU-Fraktion im Thüringer Landtag

Vor einem Jahr haben wir mit einem frischen Team den Neustart gewagt und Vertrauen zurückgewonnen. Auch, als nun die Maskengeschäfte einzelner Bundestagsabgeordneter öffentlich wurden, haben wir hier in Thüringen konsequent gehandelt. Wir haben einen Ombudsmann eingesetzt, unsere internen Abläufe und das Handeln unserer Landtagsabgeordneten genau angeschaut.

Wie so viele Bürger, Organisationen und Politiker aller Parteien haben auch unsere Abgeordneten in der schwierigen Zeit des Mangels an Schutzausrüstung versucht, Schulen, Kindergärten und Altenpflegeeinrichtungen zu helfen. Bereichert haben sie sich dabei nicht. Ich bin fest davon überzeugt, dass sich alle 21 Abgeordneten der CDU-Landtagsfraktion ordnungsgemäß und engagiert für die Bürger eingesetzt haben.

Diesen glaubwürdigen Einsatz braucht es aber auch im Parlament – etwa bei den angekündigten Corona-Hilfen. Sie wurden erst versprochen, dann aber für die Auszahlung so hohe Hürden aufgelegt, dass kaum jemand die Hilfen erhält. 700 Millionen Euro hat die Landesregierung stattdessen auf Festgeldkonten angelegt. Die ersten 50 Millionen davon sind nach der Insolvenz der Greensill-Bank vermutlich verloren. Glaubwürdige Erklärungen für diesen Verlust? Fehlanzeige.

Die Abgeordneten der CDU-Fraktion arbeiten hart dafür, dass Thüringen gut durch diese Krise kommt. Die Bürger erwarten von der Politik mehr unbürokratische und lebensnahe Lösungen. Die Corona-Pandemie hat uns gezeigt, was in Thüringen alles nicht funktioniert. Wir brauchen viel mehr Tempo beim Impfen und Testen, aber eben auch bei der Digitalisierung unserer Schulen; dazu schnelle und unbürokratische Entscheidungen für unsere Bürger und Wirtschaft.

Thüringen kann mehr. Zu einer besseren Politik für Thüringen kommen wir nur, wenn nicht länger an der Lebenswirklichkeit der Bürger vorbei regiert wird. Mich interessieren Ihre Sorgen und Probleme. Schreiben Sie mir gerne, was Sie bewegt: **buerger@cdu-landtag.de**

Ihr Mario Voigt

In Kontakt bleiben trotz Pandemie: Besuch des Arbeitskreises Wirtschaft mit Martin Henkel (Mitte) im Fraunhofer-Institut in Ilmenau.

Leistungsträger in der Krise nicht alleine lassen

Die Stimmung in Thüringens Wirtschaft ist gedrückt, so das Ergebnis der jüngsten IHK-Umfrage unter 1100 heimischen Mitgliedsunternehmen. **41 Prozent der Betriebe im Freistaat befürchten eine insgesamt ungünstigere Wirtschaftsentwicklung in diesem Jahr. Nicht eingerechnet sind diejenigen, die ihre Türen bereits für immer geschlossen haben.**

Gleichzeitig wurde bekannt, dass das Thüringer Wirtschaftsministerium bis Mitte März noch immer nicht alle Überbrückungshilfen für den Monat November an Thüringens Unternehmen ausgezahlt hat. „Selbstständige und Handwerksbetriebe fühlen sich in der Krise allein gelassen“, kritisiert der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Martin Henkel. Er hat gerade während der Corona-Pandemie zahlreiche Gespräche mit Thüringer Unternehmern geführt. Und immer wieder wurde ihm signalisiert: „Das Handeln der rot-rot-grünen Minderheitsregierung ist Ausdruck eines völlig falschen Verständnisses von Wirtschaftspolitik.“ Es sei richtig, über Kurzarbeit oder Hilfen für Solo-Selbstständige denjenigen zu helfen, denen während der Pandemie das Arbeiten in ihren Berufen unmöglich oder untersagt ist. **Doch ein Total-Lockdown möglichst aller Branchen, so wie von Rot-Rot-Grün oft genug gefordert, führt von einer Gesundheits- direkt in eine Wirtschaftskrise.**

Daher muss die Landesregierung vor allem die Pandemie konsequent bekämpfen und ihren bisherigen Zick-Zack Kurs aufgeben. Außerdem muss sie endlich wieder die Interessen und das Wohlergehen der Betriebe und deren Mitarbeiter in den Blick nehmen. Es ist gut, dass der Bund Programme wie Kurzarbeitergeld oder die verschiedenen Corona-Hilfen zur Verfügung stellt. Allerdings nutzen diese niemandem, wenn das Land bei der Umsetzung dieser Programme versagt und darüber hinaus die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen ideologiegetrieben und realitätsfern stetig verschlechtert. Am Ende führt dieser Thüringer Irrweg zu Insolvenzen und zum Verlust von Arbeitsplätzen, sagt Henkel.

Im Austausch mit der Wirtschaft (Archivbild)

„Eine verantwortungsvolle Politik muss in Notsituationen wie dieser immer auch diejenigen stützen, die die Gesellschaft in normalen Zeiten voranbringen. Handwerksbetriebe, Mittelständler, Ehrenamtliche, aber auch Familien leisten wertvolle Dienste an der Gesellschaft, die sich eben nicht in Euro und Cent abrechnen lassen“, ergänzt der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Mario Voigt.

Schon vor Corona stand auch die Thüringer Wirtschaft vor gewaltigen Herausforderungen. Die Globalisierung und die Digitalisierung haben das Wirtschaftsleben in Thüringen dramatisch verändert und werden es weiter tun. **„Dass sich Leistung lohnen muss, gehört zu den Grundüberzeugungen der CDU“, sagt Voigt. Doch anders als Rot-Rot-Grün sehen die Abgeordneten der CDU-Landtagsfraktion den Mittelständler nicht als Ausbeuter, sondern als einen verantwortungsvollen Arbeitgeber. „Es braucht starke Schultern, um die Schwächsten in unsere Gesellschaft stützen zu können“, ist Voigt überzeugt.** Thüringens Wirtschaft braucht daher die volle Aufmerksamkeit der Thüringer Landesregierung. Deshalb hat sich die CDU-Fraktion eingesetzt für 1000 Euro Meisterbonus und 5000 Euro Meistergründungsprämien. Das sind Gelder, die jungen Meistern in ihren Handwerksbetrieben in der Phase zu Gute kommen, in der sie die Unterstützung am nötigsten haben.

Überhaupt haben es Gründer in Thüringen schwer. Unter Rot-Rot-Grün wagen deutlich weniger Bürger den Sprung in die Selbstständigkeit. Seit der Regierungsübernahme von Rot-Rot-Grün sank die Zahl der Unternehmensgründungen in Thüringen von jährlich 12.547 auf zuletzt nur noch 11.281. Damit gehört Thüringen im Ländervergleich zu den Schlusslichtern. **Gerade in dieser Pandemiesituation ist spürbar, wie überreguliert das Wirtschaftsleben in Thüringen geworden ist. Rot-Rot-Grün hat den Thüringer Mittelstand mit zu vielen bürokratischen Vorschriften ausgebremst.** Doch unsere Unternehmen sollen ihren Geschäften nachgehen können. Deshalb müssten für jede neue Vorschrift, die die Betriebe belastet, künftig zwei bestehende Regelungen wegfallen, so Henkel weiter.

Unsere Politik dient dem Zweck, Thüringen wirtschaftlich gut durch die Krise zu führen. Hierfür muss die Politik Arbeitnehmer und Unternehmer gleichermaßen unterstützen. **„Die Landesregierung hat für sich den Anspruch aufgegeben, unser Land besser zu machen“, stellt Mario Voigt fest. „Ich aber bin überzeugt: Thüringen kann mehr.“**

3 Beispiele, die zu Mehrbelastungen für Thüringens Handwerk und Mittelstand geführt haben:

Grunderwerbssteuer: Mit einem bundesweiten Spitzen-Steuersatz von 6,5 Prozent wird der Grunderwerb in Thüringen für Wirtschaft und Familien unnötig verteuert.

Vergabegesetz: Wegen des erhöhten Bürokratieaufwands beteiligen sich nach IHK-Angaben 14 Prozent der Thüringer Unternehmen nicht mehr an öffentlichen Ausschreibungen.

Regelungswut: Zwischen 2015 und 2020 hat die Landesregierung 340 Richtlinien, 505 Rechtsverordnungen und 238 Gesetze neu erlassen.

TURBO THÜRINGEN

www.turbo-thueringen.de

Unsere parlamentarische Arbeit im 1. Quartal

Auch 2021 konnte die CDU-Fraktion als konstruktive Opposition so manches im Thüringer Landtag zum Guten wenden. Darüber berichten wir in dieser Ausgabe der DruckSache – und schlaglichtartig auch auf dieser Seite.

Überbrückungshilfe für Unternehmen: Wochenlang hat die CDU-Fraktion Druck auf Wirtschaftsminister Tiefensee gemacht, der sich schließlich ausgezahlt hat: Thüringen streckt Unternehmen in Not dringend benötigte Hilfsgelder vor. Mit dem zinslosen Corona Ü III Zwischenkredit können sie seit Anfang Februar bei der Thüringer Aufbaubank Anträge stellen, um so die Zeit zu überstehen, bis ihre Überbrückungshilfe III ausgezahlt ist. (7/1521 V)

Hilfe für Städte und Gemeinden - Ausgleich für Gewerbesteuerausfälle: Die schwierige Lage der Thüringer Wirtschaft trifft auch unsere Kommunen. Im Jahr 2020 gab es massive Ausfälle bei der Gewerbesteuer, die sich in diesem Jahr fortsetzen werden. Deswegen haben wir uns in den Verhandlungen für ein zweites Corona-Mantelgesetz erfolgreich für weitere 80 Millionen Euro Finanzhilfen für die Thüringer Kommunen eingesetzt. Es wurde Mitte März im Landtag beschlossen. (Drs. 7/2285)

Entscheidungsfähig trotz Corona - Pandemiesichere Kommunalordnung: Monatelang mussten wir mit Rot-Rot-Grün ringen: Wir wollten die Thüringer Kommunalordnung pandemiesicher machen, indem wir Kreis-, Stadt- und Gemeinderäten die Möglichkeit geben, in Krisensituationen digital zu tagen und Beschlüsse zu fassen. Rot-Rot-Grün wollte diese notwendige Änderung jedoch nutzen, um die Bürgermeister zu entmachten, die Kommunalpolitik zu bürokratisieren und die gesamte Kommunalordnung auf Links zu drehen. Das damit verbundene Misstrauensvotum gegenüber engagierten Kommunalpolitikern haben wir nun abgewendet und eine schmale, nachhaltige und moderne Änderung durchgesetzt. (Drs. 7/869)

© Foto: Laurence Chaperon

Druck bei Stasiüberprüfung erfolgreich: Bereits im Dezember hatte die CDU-Fraktion erfolgreich für ein Gesetz gekämpft, um die Stasi-Überprüfung der Abgeordneten im Thüringer Landtag wieder aufnehmen zu können. Doch drei Monate lang unternahm die linke Landtagspräsidentin Birgit Keller nichts. Erst als die CDU Mitte März öffentlich Dampf machte, wachte Keller auf und leitete jetzt endlich die nötigen Schritte in die Wege, damit der Landtag eine Überprüfungskommission einsetzen kann. (Drs. 7/858)

Familiencard vor den Sommerferien: Nachdem wir für die Familiencard 17,4 Millionen Euro im Landeshaushalt 2021 durchgesetzt haben, sind wir drangeblieben – und waren erfolgreich: Nachdem sie erst nicht aus dem Knick kam, will die Landesregierung die Thüringer Familiencard nun doch schon vor den Sommerferien einführen. Aus unserer Sicht ist diese in Form einer Smartphone-App geplante Karte ein absolut notwendiger Schritt: Wir wollen den Familien etwas für die Entbehrungen durch die Corona-Pandemie zurückgeben und gleichzeitig den Thüringer Tourismus ankurbeln. (7/1526V)

Naturschutz mit Hand und Fuß - Keine Umwidmung per Handstreich: Ohne Bürger und Waldbesitzer in den Entscheidungsprozess einzubeziehen, wollte Umweltministerin Siegesmund mitten im Lockdown der Corona-Krise die flächenmäßige Verdoppelung des Schutzgebietes Hohe Schrecke durch die Instanzen peitschen. Wir sind nicht gegen ein solches Schutzgebiet, pochen aber darauf, dass auch in der Krise die Betroffenen angehört und konkrete Gefährdungen und Bedrohungen relevanter Naturgüter nachgewiesen werden. Vom öffentlichen Protest aufgeschreckt, zog die Ministerin die Notbremse und strebt nun doch ein weniger handstreichartiges Verfahren an. (7/1581V)

Daran arbeiten wir gerade im Thüringer Landtag

Der Blick auf das Erreichte ist das Eine, das was noch kommen soll, das Andere. Zwar befindet sich diese Legislatur aufgrund der für den September angestrebten Neuwahlen bereits auf der Zielgeraden. Doch die CDU-Fraktion hat trotzdem noch einige parlamentarische Initiativen im Köcher.

Gleichwertige Lebensverhältnisse in der Stadt und auf dem Land:
Thüringen ist vielfältig, und diese Vielfalt macht es aus. Doch kritisch wird es da, wo Unterschiede bei der Versorgung mit Ärzten und Apotheken, öffentlichen Verkehrsmitteln und schnellem Internet oder Lebensmitteln und Gastronomie zu generellen Nachteilen für bestimmte Regionen führen. Deshalb wollen wir die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse als Staatsziel in unsere Verfassung aufnehmen, um allen Regionen in Thüringen langfristig gleichwertige Chancen auf Entwicklung zu bieten. (Drs. 7/1629)

Bodycams für zusätzlichen Schutz von Polizei und Bürgern:
Ein Bodycam-Pilotprojekt bei der Thüringer Polizei hat eindeutige Ergebnisse gebracht: Die Technik dokumentiert die Einsätze und schützt dadurch einerseits die Beamten vor Angriffen und Aggressionen, hält andererseits aber auch mögliche Fehler der Polizei auf Band fest und macht diese Fehler beweissicher. Das allein wirkt deeskalierend und entspannt das Verhältnis zwischen Bürgern und Beamten. Deswegen setzen wir uns für eine flächendeckende Ausstattung der Thüringer Polizei mit Bodycams ein. (Drs. 7/2792)

Videoüberwachung ausweiten für mehr Sicherheit in unseren Städten:
Immer wieder entzündet sich in Thüringen die Debatte um sogenannte „gefährliche Orte“, also Brennpunkte der Kriminalität. Wir wollen, dass die Polizei hier konsequent einschreitet. Dazu muss sie im Rahmen des Rechtsstaats auf eine Vielzahl von Mitteln zurückgreifen können. Deswegen fordern wir die Einführung zielgerichteter Videoüberwachung an solchen Kriminalitätsschwerpunkten. Die Videokameras sind kein Allheilmittel, aber ein wichtiger Baustein in der Sicherheitsstrategie. Gleichzeitig brauchen wir natürlich Polizeipräsenz, aber hier gilt: Das eine tun, ohne das andere zu lassen. (Drs. 7/1727)

Gesundheitsversorgung auch jenseits der großen Städte sicherstellen:
Wie können wir trotz des demographischen Wandels und abnehmender Bevölkerungszahlen eine wohnortnahe und qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung garantieren? Die CDU-Fraktion hat dazu Ideen und Antworten entwickelt: Mit telemedizinischen Testregionen, einer Förderung der Thüringer E-Health-Branche, der Weiterentwicklung des Landeskrankenhausplanes, der Sicherstellung der Hausarztversorgung, aber auch der Weiterentwicklung der Thüringer Notfallversorgung. (7/2041)

Erneuerbare Energien speichern - Wasserstoffstrategie für Thüringen:
Die CDU-Fraktion will Wasserstoff zu einem wesentlichen Baustein der Energiewende in Thüringen machen. Mit der Erzeugung von „grünem“ Wasserstoff kann dieser zum dritten Standbein der Energiewende werden und die stark schwankenden Strommengen der Energiegewinnung aus Wind, Sonne und anderen regenerativen Quellen ausgleichen. Dazu streben wir eine Kooperation der ostdeutschen Länder auf diesem innovativen Forschungsfeld an und wollen eine Mitteldeutsche Wasserstoff-Verbundregion entwickeln. (7/1586)

Nahversorgung auf dem Land sicherstellen - Dorfläden fördern:
Dorfläden, Tag-und-Nacht-Märkte bzw. 24-Stunden-Läden können infrastrukturelle Nachteile im ländlichen Raum ausgleichen. Mit ihnen lässt sich die Nahversorgung im Ort mit der Vermarktung regionaler Produkte kombinieren. Deshalb wollen wir die Gemeinden und Betreiber unterstützen, indem wir die Dorfläden mit einem eigenständigen Programm fördern. Unser Ziel ist es, in möglichst vielen Orten solche Angebote zu schaffen, die als Ankerpunkte und Anlaufstellen das gesellschaftliche und gemeinschaftliche Zusammenleben im Dorf stärken. (7/2397)

Beate Meißner bei den Sonneberger Wasserstoffforschern von HySON (Archivbild)

THÜRINGER ELTERN IN SORGE:

Verlieren unsere Schüler gerade ein ganzes Bildungsjahr?

SCHULVERBESSERER Thüringen

www.schulverbesserer.de

Thüringens Eltern verfolgen die Entwicklung an den Schulen mit Sorge. Nach einem Jahr im Lockdown fehlt dem Kultusministerium noch immer ein tragfähiges Gesamtkonzept, wie Unterricht in der Krise funktionieren kann. **Schulen schließen von einem Tag auf den anderen, die Schulcloud, in der der Distanzunterricht stattfinden soll, ist wochenlang nur eingeschränkt nutzbar. Die Regelungen für die Notbetreuung berufstätiger Eltern sind unübersichtlich.** Doch die größte Sorge vieler Eltern lautet: Haben meine Kinder nicht vielleicht ein ganzes Schuljahr verloren?

Seit Monaten fordert der stellvertretende Vorsitzende und bildungspolitische Sprecher der CDU-Fraktion im Thüringer Landtag, Christian Tischner, schlüssige Konzepte und tragfähige Lösungen für den Umgang mit Corona in den Schulen. **„Betreuung und Bildung sind zurzeit nur möglich, weil sich ganze Familien mit aller Kraft für ihre Kinder und Enkelkinder einsetzen. Dies ist mit enormen Belastungen verbunden und zehrt an den Kräften", weiß Tischner.** Seine Fraktion hat bereits im Februar sehr konkrete Vorschläge für den Bildungsbereich gemacht. Wo immer möglich, müsse Unterricht in Präsenz stattfinden. Fachunterricht vom Fachlehrer habe dabei die höchste Priorität. Impfungen, Testungen, Wechselunterricht und Luftfilteranlagen können dieses ermöglichen. „Auch hierfür benötigt jede einzelne Schule mehr Handlungsspielraum für ihre Entscheidungen vor Ort", ist Tischner überzeugt. **Besonders die Frage nach möglichen Bildungslücken treibt Eltern in diesen Tagen um.** „Der schwierigen Lernsituation des aktuellen Schuljahres muss durch transparente und jahrgangsübergreifende Lehrplananpassungen zügig Rechnung getragen werden. Hinsichtlich der Prüfungen in den kommenden Schuljahren müssen Prüfungsanforderungen, wie zusätzliche Wahlmöglichkeiten bei den Aufgaben oder längere Bearbeitungszeiten, frühzeitig bekannt gegeben werden", so Tischner.

In einem "Zukunftsplan Schule" schlägt die CDU-Landtagsfraktion für den regulären Präsenzunterricht nach der Pandemie umfangreiche Maßnahmen vor. Schon heute ist absehbar: Ohne zusätzliche zeitliche und personelle Ressourcen wird es Schulen kaum möglich sein, die entstandenen Lernunterschiede aufzuholen. Die CDU-Landtagsfraktion wird sich mit allen Kräften im Sinne unserer Schüler, Lehrer und Eltern einsetzen.

Berufsschulen im ländlichen Raum erhalten

Unsere Berufsschulen bilden dringend benötigte Fachkräfte von Morgen aus. Sie sind die Grundlage für den großen Generationswechsel in den kommenden Jahren. **Rot-Rot-Grün will Ausbildungsgänge und damit Schulstandorte nun weiter ausdünnen. Angesichts steigender Schülerzahlen in den kommenden Jahren zeugt dieses Vorgehen von Planlosigkeit.**

Schulschließungen werden nicht ohne Auswirkungen bleiben. **Schon heute können 40 Prozent der Unternehmen offene Stellen nicht mehr besetzen.** Und die Probleme werden zunehmen. Denn wie soll ein junger Mensch – oft ohne eigenes Auto – die dann weit entfernten Standorte erreichen? Handwerks- und Industriebetriebe in bestimmten Regionen werden allein schon deshalb schwieriger Nachwuchs finden.

Die CDU-Landtagsfraktion macht sich stark für den Erhalt der Berufsschulen gerade auch im ländlichen Raum. Ein funktionierendes und flächendeckendes Berufsschulnetz zur Ausbildung unserer Fachkräfte ist für Thüringen von immenser Bedeutung. Zudem fordert die CDU schnellere Einstellungsverfahren für Berufsschullehrern und die erfolgreiche Qualifizierung von Seiteneinsteigern.

WIR FORDERN

- Wo immer möglich: Unterricht in Präsenz
- Reibungsloser und rechtzeitiger Informationsfluss zwischen Schule, Schülern und Eltern
- Mehr Handlungsspielraum für Schulleiter
- Maximaler Gesundheitsschutz für Lehrer und Schüler
- Mehr Busse im Schülerverkehr ermöglichen
- Fachunterricht hat höchste Priorität
- Faire Prüfungen und vollwertige Abschlüsse – trotz Corona
- Freiwillige Wiederholung: „Ja!" – Verzicht auf Versetzungsentscheidungen: „Nein!"
- Zusätzliche Qualifizierung der Pädagogen für den digitalen (Fern-)unterricht
- Endlich auf die massiven Funktionsprobleme der Schulcloud reagieren
- Flächendeckende Versorgung mit digitalen Endgeräten
- Reguläre Zeiten zur verlässlichen Kontaktaufnahme zwischen Schülern und Lehrern

WO SCHULE FUNKTIONIERT

Die Evangelische Grundschule in Sömmerda zieht nach einem Jahr Corona-Unterricht Bilanz

„Wir sind bislang gut durch diese Zeit gekommen", sagt der Pädagoge und Digitalbeauftragte Paul Menz. Vieles sei anstrengend gewesen. Manche Schüler hätten sich im Lockdown verschlechtert, andere verbessert. Der Unterricht habe sich zwar vorwiegend auf die Kernfächer konzentriert, doch er sei vielfältiger geworden. „Ich bin überzeugt", sagt der stellvertretende Schulleiter Benedikt Jung, „insgesamt können wir aus dieser Krise Dinge für unsere Arbeit mitnehmen, die Schule einfach besser machen wird."

Auf die Frage von Lehrerin Jana Becker schnellen gleich mehrere Arme hoch. Wortgruppen werden heute hier im Deutschunterricht behandelt. Die acht Jungen und Mädchen im Klassenraum sind mit Eifer dabei. Doch sie sind nicht die einzigen, die die Pädagogin im Auge behalten muss. Unmittelbar vor ihr steht auf einem orangen Kinderstuhl ein aufgeklappter Laptop. Ein halbes Dutzend weitere Kinder zeigt der Monitor an. Es ist der Rest der Klasse, zugeschaltet von daheim. Über den Wechselunterricht lassen sich im Klassenzimmer die Mindestabstände einhalten. Mit Webcam und über Lautsprecher verfolgen die Kinder von zuhause den Unterricht nicht nur, sie nehmen auch aktiv daran teil.

„So etwas kann jede Schule machen", sagt der stellvertretende Schulleiter Benedikt Jung. „Wir hier in der evangelischen Schulstiftung haben keine anderen Voraussetzungen gehabt als andere, staatliche Schulen." Geholfen habe allerdings, dass die Evangelische Grundschule bereits vor Corona mit dem Aufbau einer datenschutzkonformen Kommunikationsplattform via Smartphone begonnen hatte. Ursprünglicher Zweck war dabei den direkten, papierlosen Draht zu den Eltern ihrer Schüler zu schaffen. „Darauf haben wir vor einem Jahr dann schnell aufbauen können. Die Aufgaben kamen so direkt in die Elternhäuser und von dort aus – etwa als hochgeladene Fotos

Die Kamera des Laptops gibt den Kindern daheim den Blick auf Tafel und Lehrerin frei.

aus den Schulheften – wieder zu den Lehrern und Lehrerinnen zurück", so Menz.

Sowohl Menz als auch Jung entsprechen dabei keineswegs dem Klischee von alternden Pädagogen, die von antiquierten Schreibtischen aus die Geschicke ihrer Einrichtung lenken. Beide sind mit 27 beziehungsweise 29 Jahren jung, offen für neue Unterrichtsideen und konnten so auch die älteren Kollegen und Kolleginnen für den digitalen Unterricht gewinnen. „Natürlich haben wir uns alle gefreut, als nach den Lockdowns der Präsenzunterricht wieder los ging", sagt Jung. Ebenso wie die Kinder, die sowohl aus Sömmerda, aber auch den umliegenden Gemeinden kommen. Aber sie haben eben der Kollegenschaft auch die nötigen Freiräume gegeben, wie sie ihren Video- und Fernunterricht gestalten wollten. Herausgekommen sind Videos für das Fach Musik, in denen die Kinder Takt-Übungen machen konnten, Fernkunst-Projekte (die Ergebnisse wurden einfach in den Briefkasten der Schule geworfen) und natürlich das Einmaleins des Grundschul-Lernstoffs in den unterschiedlichsten Darreichungen.

Nach einem Jahr Corona und den damit verbundenen unterschiedlichen Phasen des Lockdowns blickt die Evangelische Grundschule inzwischen auf die unterschiedlichsten Arten von Fernunterricht zurück. „Wir hatten die Kinder live in der Klasse und der Lehrer war daheim. Wir hatten es genau umgekehrt. Wir haben Unterrichtsstunden aufgezeichnet und den Kindern per App geschickt. Wir haben Aufgaben hin und her geschickt. Und eben den Wechselunterricht", zählt Lehrer Benedikt Jung auf. Und er sieht bei aller persönlichen Mehrbelastung der Lehrer durchaus auch die guten Seiten der Krise für Thüringens Schulen. „Dort, wo es funktioniert, haben wir einen unglaublichen Modernisierungsschub in den Schulen." Angefangen von der verbesserten Medienkompetenz schon der Erstklässler, über neue Formen der Unterrichtsgestaltung mit Tablets und Beamern. „Und einiges wird bleiben", ist sich Jung sicher. Neulich erst sei er von einer krankgeschriebenen Schülerin gefragt worden, ob sie den Unterricht per Laptop verfolgen dürfe. „Das muss sicher noch rechtlich geprüft werden. Aber grundsätzlich kann ich mir das vorstellen, wenn es beispielsweise nur ein verknackster Fuß ist, der das Kind zu Hause hält."

Von Matthias Thüsing

Die Evangelische Grundschule Sömmerda hat gute Erfahrungen mit Wechselunterricht gemacht.

- Die Evangelische Schulstiftung Mitteldeutschland wurde 2008 von der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland errichtet.
- Sie betreibt 24 Bildungseinrichtungen in Thüringen und Sachsen-Anhalt an 15 Standorten.
- Alle Schulen sind staatlich anerkannt.
- 5300 Kinder und Jugendliche im Alter von 2 bis 20 Jahren lernen hier.
- 640 Mitarbeitende mit einem Altersdurchschnitt von 44 Jahren unterrichten und betreuen die Kinder.

Den linksgrünen Angriff auf die Eigenheime stoppen

Immer noch der Traum vieler Familien: Das Einfamilienhaus.

Fast jeder 2. Thüringer Haushalt wohnt im eigenen Heim

„Viel Fläche, hohe Energiekosten, viel Verkehr.“ Grüne und Linke haben den deutschen Einfamilien-Häuslebauer als neues Feindbild entdeckt. Aber hat Anton Hofreiter recht mit seiner Kritik?

Drei von zehn Familien in Deutschland wohnen im eigenen Einfamilienhaus. Vier von zehn Neubauten in Thüringen werden als Einfamilienhaus errichtet. Es ist damit die beliebteste Art zu wohnen im Freistaat. Und – laut einer Umfrage eines großen Unternehmens für Projektentwicklung – in den eigenen vier Wänden liegt die Lebenszufriedenheit auch deutlich höher als in der gemieteten Etagenwohnung.

Des Eigentümers Glück ist des Hofreiters Unglück. Denn Eigenheime gelten den Grünen als ökologischer Dorn im Auge. **„Es ist der typische Reflex von Verbotsparteien“, so der wohnungsbaupolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Marcus Malsch.** Im Jahr 2018 lebten von den 1,1 Millionen Thüringer Haushalten 487.000 beziehungsweise 45 Prozent in einer Eigentumswohnung oder im eigenen Haus. Bei seit Jahren steigender Tendenz. Gerade die aktuelle Pandemiesituation habe den Wunsch, auf das Land in ein Haus mit Garten zu ziehen, deutlich wachsen lassen. „Die Politik sollte diesen Wunsch und dieses Lebensmodell respektieren, zumal jeder Bevölkerungszuwachs den ländlichen Raum stärkt“, so Malsch.

Flächensparendes Bauen lasse sich in Stadt und Land auch realisieren, ohne Einfamilienhäuser zu verbieten. Malsch: „Gehwege, Park- und Stellplätze lassen sich mit wasserdurchlässigen Belägen versehen. Es helfen auch der Verzicht auf Sockelmauern bei Zäunen, Dachbegrünung oder Anreize für die Sanierung von Altbausubstanz in den Orts- und Stadtkernen.“ Auch das Klimaargument lässt Malsch nicht gelten. **Heute seien Niedrig- und Nullenergiehäuser längst Standard im Neubau. „Aber völlig außer Acht lässt der linksgrüne Vorbehalt gegen Einfamilienhäuser, dass es gerade in Thüringen einen ökologisch unbedenklichen Baustoff gibt, der hierzulande schon seit Jahrhunderten verbaut wird“, so Malsch: „Gemeint sind Holz und Lehm.“** Gerade erst habe die CDU-Landtagsfraktion einen Antrag in den Thüringer Landtag eingebracht, der die Möglichkeiten, mit Holz zu bauen, deutlich vereinfacht.

Faire Erstattung der Kindergarten- und Hortbeiträge erreicht

© Adobe Stock
Durchgesetzt: Kita-Beiträge muss künftig nur zahlen, dessen Kind auch betreut wird.

„Im Ringen um die Rückerstattung der Kindergarten- und Hortbeiträge haben wir entscheidende Verbesserungen erreicht. Es ist uns gelungen, eine unverhältnismäßige Belastung von Eltern und Kommunen zu verhindern.“ Das hat der CDU-Bildungsexperte Christian Tischner zu dem Mitte März verabschiedeten Gesetz zur Beitrags-Rückerstattung nach coronabedingten Schließungen von Einrichtungen zur Kinderbetreuung gesagt. Der rot-rot-grüne Erstentwurf des Paragraphenwerks hatte vor den erfolgreichen Änderungen der CDU noch etliche Mängel enthalten.

„War eine Kita oder ein Hort länger als 15 Kalendertage im Monat geschlossen, erhielten die Eltern ihre monatlichen Gebühren zurück. Haben Eltern innerhalb dieser Schließzeiten die Notbetreuung in Anspruch genommen, bekommen auch sie die Gebühren zurück, wenn es sich nicht um mehr als fünf Tage handelt“, erläutert Tischner. **„Gleichzeitig sorgt die von uns durchgesetzte Spitzabrechnung dafür, dass die Kommunen am Ende nicht auf Teilen der Rückerstattungskosten sitzen bleiben“, so Tischner weiter.**

Ebenfalls auf eine Forderung der CDU-Fraktion geht zurück, dass nicht in jedem möglichen weiteren Lockdown erneut komplizierte Gesetze verabschiedet werden müssen. „Diese Regelung gilt jetzt bis zum Jahresende“, machte Tischner deutlich.

Nun sei es an der Landesregierung, für eine schnelle Rückzahlung der Gelder an Eltern, Städte und Gemeinden zu sorgen. „Wichtig ist, dass die Eltern jetzt so schnell wie möglich ihr Geld zurückbekommen.“

DARUM LASSE ICH MICH IMPFEN

Volker Emde
„Um die Verbreitung des Virus zu bremsen und zu einem normalen Leben zurückkehren zu können, braucht es die Impfbereitschaft eines großen Teils der Bevölkerung. Die Spätfolgen einer Corona-Erkrankung, wie sie mir aus dem Bekanntenkreis bekannt sind, können gravierend sein und ich möchte sie für meine Familie und mich nicht haben.“

Christian Tischner
„Viele Menschen leiden unter der Pandemie gesundheitlich und existenziell. So kann ich einen persönlichen Beitrag leisten, dass wir wieder unseren Gewohnheiten nachgehen können.“

Raymond Walk
„Impfen ist eine wirksame Möglichkeit, sich und andere verlässlich zu schützen. Als Politiker stehen wir in besonderer Verantwortung und nehmen auch Vorbildfunktion ein. Ich bin dabei!“

Stefan Schard
„Ich lasse mich impfen, weil ich zum einen größtes Vertrauen in eines der bestentwickelten medizinischen Systeme der Welt habe, welches ein genau geprüftes und sicheres Zulassungsverfahren garantiert. Zum anderen verhindere ich damit die Erkrankung anderer und schütze somit auch deren Leben. Ein schnelle Beendigung des Lockdowns hilft unserer Wirtschaft außerdem auch rasch wieder auf die Beine.“

Christian Herrgott
„Ich lasse mich gegen Corona impfen, weil ich grundsätzlich vom Impfen als wichtigen Beitrag zur Pandemiebekämpfung überzeugt bin. Als ehemaliger Soldat und Reserveoffizier bin ich umfassend geimpft und habe bisher jede Impfung gut vertragen. Das bestärkt mich in meiner Haltung.“

Andreas Bühl
„Ich werde mich impfen lassen, sobald ich an der Reihe bin und genügend Impfstoff vorhanden ist. Die Impfung ist der Weg zu mehr Normalität und dem Ende dieser Pandemie. Wie viele erwarte ich das sehnlich. Bisher hatte ich nie Nebenwirkungen bei Impfungen und vertraue deshalb auf das umfängliche Testverfahren zur Zulassung der Impfstoffe.“

Christoph Zippel
„Einige der schlimmsten Krankheiten der Menschheit konnten besiegt werden, und zwar durch Wissenschaft und Vernunft. So wird es auch bei Corona sein. Der Impfstoff wurde im Vorfeld intensiv getestet. Inzwischen sind bereits viele Millionen von Menschen weltweit geimpft. Deshalb ist es für mich keine Frage: Natürlich lasse ich mich impfen, wenn ich an der Reihe bin.“

Beate Meißner
„Ich lasse mich gegen COVID-19 impfen, weil ich die Impfung der Krankheit vorziehe und damit zur Eindämmung derPandemie beitragen kann. Wir alle brauchen endlich wieder Normalität!“

Maik Kowalleck
„Als ‚gelernter DDR-Bürger‘ bin ich sehr offen beim Thema Schutzimpfungen. Aus Verantwortung gegenüber meiner Familie und meinen Mitmenschen werde ich mich selbstverständlich impfen lassen.“

Thomas Gottweiss
„Ich fiebere dem Tag, an dem ich geimpft werden kann, entgegen. Gern auch mit dem mRNA-Impfstoff, der eine überzeugende Innovation medizinischer Forschung ist.“

Jörg Kellner
„Ich lasse mich impfen, um meine Mutter (87) und Schwiegervater (83) zu schützen.“

IMPRESSUM

Herausgeber
CDU-Fraktion
im Thüringer Landtag
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Chefredaktion & V.i.S.d.P.
Felix Voigt

Telefon (Fax)
0361 3772-218 (520)

E-Mail
pressestelle@cdu-landtag.de

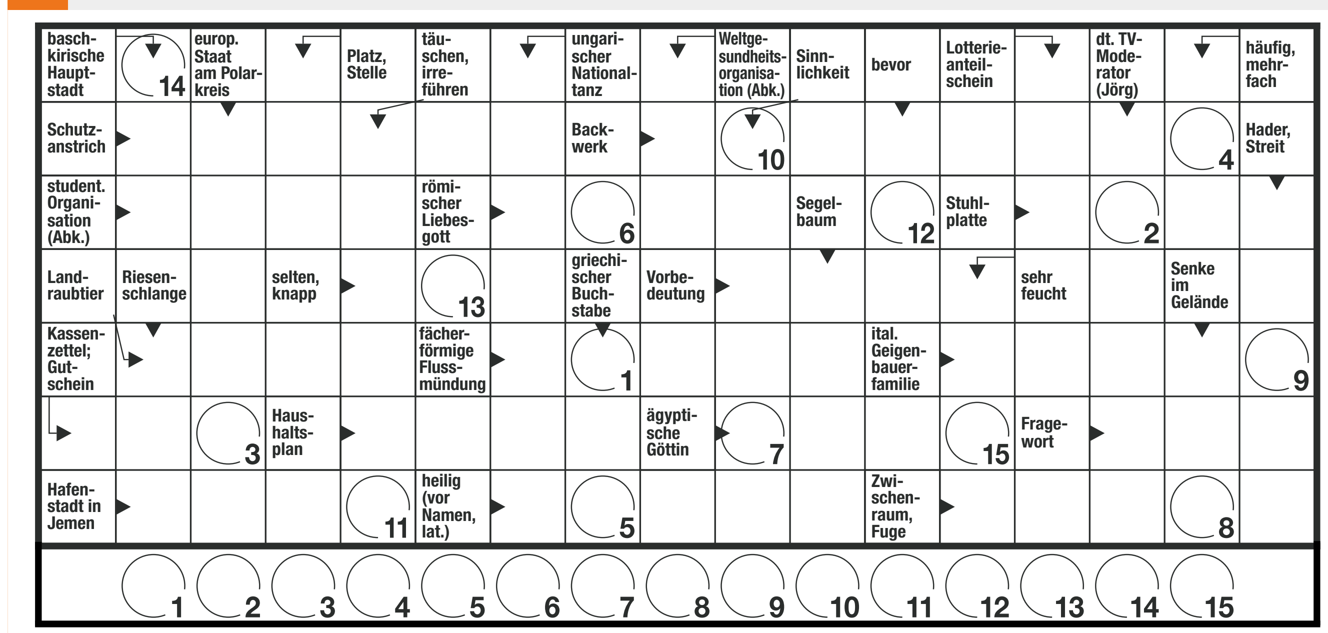
Auflage
322.000

Fotos
Soweit nicht anders angegeben: CDU-Fraktion

Text & Fotoauswahl
Felix Voigt, Matthias Thüsing

Satz & Gestaltung
PXN GmbH

Druck
Druckzentrum Erfurt GmbH



* Um an der Verlosung teilzunehmen, müssen Sie mindestens 16 Jahre alt sein und den Hauptwohnsitz in Thüringen haben. Die Preise werden direkt nach Einsendeschluss verlost und der Gewinner telefonisch benachrichtigt. Eine Auszahlung des Gewinns ist nicht möglich, der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten ist gemäß dem Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. b) DSGVO zur Durchführung des Quiz erforderlich. Mit der Teilnahme am Quiz erklärt sich der Teilnehmer einverstanden, dass im Falle eines Gewinns sein Vorname, sein Nachname sowie sein Wohnort in der Drucksache veröffentlicht werden. Daneben verarbeiten wir Ihre Daten, um Sie über das aktuelle politische Geschehen in Thüringen zu informieren. Diesbezüglich verweisen wir Sie auf Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. e) DSGVO i.V.m. § 47 S. 2 Nr. 5 ThürAbgG. Nach § 47 S. 2 Nr. 5 ThürAbgG ist es Aufgabe der Fraktionen, die Öffentlichkeit über ihre parlamentarische Arbeit zu unterrichten. Es handelt sich damit um die Verarbeitung für die Wahrnehmung einer Aufgabe, die im öffentlichen Interesse liegt. Sie haben gemäß Art. 21 Abs. 1 DSGVO das Recht, der diesbezüglichen Verarbeitung jederzeit zu widersprechen. Im Falle des Widerspruchs werden wir die betroffenen Daten unverzüglich löschen. Unsere Datenschutzerklärung mit weiteren Hinweisen zum Datenschutz finden Sie unter www.cdu-landtag.de/service/datenschutz.

Bei unserem Kreuzworträtsel gilt es auch diesmal, ein Lösungswort aus dem Bereich der Landespolitik zu finden. Senden Sie die Lösung per E-Mail oder Post an die Redaktion (Betreff/Stichwort: „Kreuzworträtsel“) und gewinnen Sie einen hochwertigen Füllfederhalter aus dem Hause Diplomat mit Tintenfass, einen externen Akku für Ihr Smartphone (Powerbank) sowie 10 Krawatten samt Tuch in den Thüringer Landesfarben. Einsendeschluss ist der 20. April 2021. Um an der Verlosung teilzunehmen, geben Sie das Lösungswort, Ihre Anschrift und Ihren vollen Namen, Ihre E-Mail-Adresse und Ihre Telefonnummer an:*

E-Mail: quiz@cdu-landtag.de oder
Postadresse:
CDU-Fraktion im Thüringer Landtag,
Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt

Viel Erfolg!

Bei unserem Kreuzworträtsel in der Weihnachts-Ausgabe der DruckSache lautete das Lösungswort „Winterfahrplan“. Unter den richtigen Antworten als Hauptgewinnerin gezogen wurde Ingrid Bartel aus Heiligenstadt. Sie erhält ebenfalls Füllfederhalter und Powerbank. Herzlichen Glückwunsch!

Den Sport nicht alleine gelassen

Jeder sechste Thüringer treibt Sport im Verein. Das darf uns nicht wegbrechen.

Die CDU-Fraktion hat sich erfolgreich für Profisportvereine, semiprofessionelle Vereine und ehrenamtlich geführte Vereine eingesetzt. „Fast 370.000 Thüringerinnen und Thüringer sind in Sportvereinen organisiert. Die Vereine bilden das Rückgrat für das soziale Leben im Freistaat. Es galt zu verhindern, dass uns das verloren geht", so der Sportpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Dr. Thadäus König. **Für viele Sportvereine glich das Warten auf Hilfe einer dramatischen Hängepartie. „Ganz wichtig sind uns als CDU neben den Proficlubs auch die vielen ehrenamtlich geführten Vereine, die trotz Lockdowns laufende Kosten etwa für eigene Sportstätten, Trainerentschädigungen oder Geschäftsstellenausstattung haben.** Auch ihnen brechen Einnahmen wie Sponsoring oder Eintrittsgelder weg, die bislang das wirtschaftliche Überleben gesichert haben", machte König deutlich. Weitere 1,3 Millionen Euro wurden ihnen nun zur Verfügung gestellt, um ihren Fortbestand zu sichern.

„Wir dürfen unsere Ehrenamtlichen nicht alleine lassen. Gerade im ländlich geprägten Thüringen sind es die Vereine, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt stiften. Gehen sie verloren, stirbt ein Stück Thüringer Kultur", so Königs Warnung.

Neue Technik auch für kleine Ortswehren

Nur eine modern ausgerüstete Wehr kann ihre Aufgaben optimal erfüllen.

Der alte Barkas mit Blaulicht wird von vielen alten Ortswehren noch in Ehren gehalten. Doch den Anforderungen an eine moderne Feuerwehr-Ausrüstung genügt er naturgemäß nicht mehr.

„Was wir brauchen, sie eine umfassende Digitalisierung der Wehren", fordert der Innenpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Raymond Walk. Dazu gehören die flächendeckende Ausrüstung mit BOS-Funk, WLAN in den Gerätehäusern, eine Feuerwehrapp, über die sich Informationen zu den Einsätzen in Echtzeit abrufen lassen, sowie Tablets für die Kameraden."

Die Versorgung der Feuerwehren mit Tablets und einer eigenen App habe die CDU als Idee entwickelt. In Zeiten einer sinkender Zahl von Kameraden und Kameradinnen im Land kann dieses ein Mittel sein, die Abläufe im Einsatz zu optimieren und zu bündeln. „Ziel ist die Sicherung der Qualität unserer Thüringer Feuerwehren", so Walk weiter.

Zudem brauche es eine zentrale Beschaffungsstelle für Feuerwehrtechnik, machte Walk deutlich. Gerade kleine Gemeinden seien oft mit den europaweiten Ausschreibungen überfordert. „Eine landesweite Beschaffung könnte beispielsweise bessere Preise erzielen", erläutert Walk.

Dann könne für die Einsätze auch mehr drin sein als nur ein alter Barkas.